

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Sächse, Baruth (Mart). Fernsprecher Nr. 17. Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsbetrags. Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpennig, die dreispaltige Restzeile (90 mm) 40 Goldpennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sächse, Baruth (Mart). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedruckte geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden. Sonnabend: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Die zweite Lesung des Young-Plans.

Deutscher Reichstag.

135. Sitzung, Donnerstag, den 6. März 1930.

Am Reichstag begann am Donnerstag nachmittag die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Haager Konferenz 1929/30. Nach den Bestimmungen des Verfassens fand zunächst eine allgemeine Aussprache über sämtliche Vorlagen mit Ausnahme des Reichsbankgesetzes und des Bankgesetzes statt. Für die einzelnen Vorlagen sind sieben Berichterstatter bestellt. Zunächst beschäftigte sich Dr. Hoesly (Chr. Nat. W.) mit den gemeinsamen Sitzungen des Auswärtigen und des Haushaltsausschusses. Die übrigen Berichterstatter verzichteten.

Das Zentrum ließ zunächst den Abg. Ullrich zu Wort kommen. „Uns erfüllt ein Gefühl bitterer Enttäuschung“, so rief er aus, „wenn wir uns den Gesetzentwurf vor Augen halten.“ Die Sachverständigen hätten nicht so sehr Bedacht darauf nehmen sollen, die richtige Methode zu finden, um Leistungen aus uns herauszuholen, als vielmehr darauf achten sollen, die Wirtschaft des Reichslands zu erweitern. Die deutschen Vorkriegslagen wegen der unhaltbaren Vengenzahlung im Osten seien leider als infestabell abgelehnt worden. Zu bedauern sei der Mangel an Verständnis für unsere nationalen Interessen. Dann fragte der Redner, ob die Schutzmaßnahmen im Young-Plan ausreichend seien. Das Kernstück bestünde aus den Bestimmungen über das Moratorium. „Wir hoffen“, sagte der Abg. Ullrich, „daß die Auslegung des Außenministers richtig ist, wonach bei einem Moratorium im dritten Jahr zunächst nur die erste Monatsrate fällig wird.“ Nicht zu übersehen sei die Auswirkung der Stellung der Bank für internationale Zahlungen.

Die Saarverhandlungen dürften nicht weiter verschleppt werden. Die Frage, ob der Young-Plan erfüllbar sei, lasse sich nicht stritt beantworten. Das einzige Postivum sei der gute Wille Deutschlands. Der häufigste Fleck in den Haager Verhandlungen sei der Austausch von Erklärungen, die man gemeinsam mit dem Schlagwort Sanktionskauf bescheinige. Von Sanktionen könne keine Rede mehr sein. Die Gegner würden nur dann freie Hand erhalten, wenn Deutschland dem Neuen Plan eine völlig bewußte Absage erteile. Das Polenabkommen erzeuge starke Bedenken. Deutschland bringe hohe materielle Opfer. Er könne die Notwendigkeit der Verbindung des Abkommens mit dem Young-Plan nicht einsehen. Das Zentrum könne ein Wortum erst abgeben, wenn die Voraussetzung der Sanierung der Finanzen erfüllt sei.

Dr. Reichert (Dn.) betonte, daß der Young-Plan gegenüber dem Dawes-Plan eine sträcker Regelung bringe und die Beiträge in untergeordneter Höhe endgültig festlege. Die Zwangsverpflichtung lege Deutschland die Befähigung ausreichender ausländischer Zahlungsmittel auf. Einen Währungsplan gebe es nicht mehr. Die Revisionsklauseln des Dawes-Planes kämen in Fortfall. Das bedeute einen Rückfall in das frühere barbarische Selbstverschulden. — Ausführlich beschäftigte sich der Redner mit der Frage des Wohlstandsindezes. Die alliierten Mächte hätten ihn nicht überhöht. Leider habe man auf deutscher Seite die für uns wertvolle Goldkauf des Dawes-Planes vergessen.

Der Young-Plan verlege nicht nur bezüglich des Revisionsrechtes, auch die Stundungs- und Ausschubbestimmungen seien nicht so hoch einschneidend, wie die Regierung behauptete. Um die Bank für internationale Zahlungen dürften wir keine besonderen Hoffnungen knüpfen. Die freiziehenden Zustände, die sich unter dem Dawes-Plan eingestellt hätten, würden unter dem Young-Plan mit Zahlungen zwischen 1800 und 2400 Millionen sicherlich eine ständige Erscheinung bleiben. Die Ertragsbelastung werde durch andere ausländische Schuldverpflichtungen bis auf 5 Milliarden jährlich und mehr erhöht. Sozial Credit bestreite weder das amtliche noch das private Deutschland. Dem Volk würden wieder neue Steuererhöhungen auferlegt, trotzdem man ihn Entlastung verschaffen hatte. Wo bleibe die Finanz- und Steuerreform? Wo bleibe die Vereinheitlichung unserer Wirtschafts-, Handels-, Sozial- und Steuerpolitik? Die Regierung habe besser getan, die Müdigkeit des unversicherten Saarlandes sicherzustellen und die offenen Wunden an der deutschen Ofgrenze zu schließen. Das deutsche Volk verlange Kolonialgebiete. Der Young-Plan sei abzulehnen, weil er nicht die Einigkeit, das Recht und die Freiheit der deutschen Nation sichere.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

Das Wort. Zunächst sagte er, daß der Kanzler bei der dritten Lesung der Young-Vorlage die Stellungnahme der Reichsregierung darlegen werde. Die Minister würden bei der zweiten Lesung lediglich auf Einzelfragen eingehen. Der Reichsaußenminister werde auf die finanziellen Fragen der Reichstagsrede antworten. Er beschränke sich auf Entgegnungen auf die politischen Ausführungen. Dr. Reichert habe zunächst gesagt, der Dawes-Plan sei nur ein Provisorium, der Young-Plan ein Definitivum. Der Nachteil sei der gewesen, daß die Zahlungen des Provisoriums nicht auf jene 123 Milliarden angegriffen würden, also nicht in Anrechnung gekommen seien. Die Rechte rief darauf dem Außenminister zu: „Warum haben Sie dann das zugefanden?“ Dr. Curtius meinte darauf, er sei derjenige gewesen, der im Juli 1928 gerade deshalb auf eine endgültige Entscheidung gedrängt habe. Als er sich weiter äußerte: „Ich möchte wissen, wo wir stehen, wenn am Ende dieses letzten Dawes-Jahres erst die Revisionsverhandlungen eingeleitet hätten?“ antwortete ihm der Nationalsozialist Schröder: „Was nennt man in Ihren Kreisen ‚Gesetz‘?“ Abg. Schröder wurde wegen dieser Äußerung vom Präsidenten Röbe zur Ordnung gerufen.

Der weitere Vorzug des Dawes-Plans soll darin liegen, daß dabei Deutschland eine Reichsamt-Schuld hatte, während der Young-Plan eine Devisen-Schuld vorsieht. Kasächlich war die Transferrücklage für unsere Wirtschaft kein Vorteil, denn dabei lag alle Macht in der Hand des Reparationsagenten, während jetzt die Transferrücklage in unserer eigenen Hand liegt. Es sei richtig, daß wir nach dem Young-Plan Devisen zu zahlen hätten. Dr. Curtius sagte, daß wir im Dawes-Plan einen Kreditschub gehabt hätten. Als er sich äußerte, der Transferrücklage habe sich aber nicht ausgewirkt, wurde ihm von den Banken der Rechte zugerufen, daß die Regierung den Schutz ja auch gar nicht verlangt habe. Es hätten wir Annullitäten zu zahlen, die gegenüber den früheren herabgesetzt seien. Die Art der Verwendung sei Sache der Gläubiger. Dr. Reichert habe auf die Tilgung der Schulden der Privatwirtschaft und auf die passive Handelsbilanz hingewiesen, das gelte für den Dawes-Plan ebenso für den Young-Plan. In den ersten zehn Jahren nach dem Young-Plan rund 7 Milliarden weniger zu zahlen, und das sei die entscheidende Frage.

Zum Schluß der Sitzung kam Dr. David (Soz.) zu Wort, der sich ebenfalls dahin äußerte, der Vertrag enthalte vieles, was seiner Partei nicht gefalle.

Der Redner wies auf die 7 Milliarden hin, die wir in den nächsten zehn Jahren weniger zu zahlen hätten. Er meinte, wir könnten nur mit Vereinnahmung dieser 7 Milliarden die Sanierung unserer Finanzen durchführen. Von Sanktionen könne keine Rede sein. Der Young-Plan gebe Deutschland keine Sanktionsrechte wieder. Das Ziel der französischen Politik sei die Schaffung der Abhängigkeit gewesen. Wenn sie das Ziel nicht erreicht hätte, so verdanke das Deutschland in erster Linie der Treue der rheinischen Bevölkerung. Das besetzte Gebiet habe einen moralischen Anspruch auf Unterstützung. Dr. David verlangte eine Verständigung mit Frankreich. Trotz seiner großen Mängel werde seine Fraktion dem Young-Plan zustimmen. Darauf wurden die Verhandlungen auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Der Verlauf des kommunistischen Weltkampftages.

Berlin. Die große Agitation der Kommunisten, in Berlin schwere Unruhen heraufzubeschwören, hatte bis zu den Nachmittagsstunden keinen, insbesondere Erfolg gehabt. Es ist zwar in den ersten Nachmittagsstunden in verschiedenen Gegenden, in der Frankfurter Allee, am Wedding, in der Gormannstraße, zu Zusammenrottungen gekommen, bei denen die Polizei eingegriffen und auch von dem Gummiknüppel Gebrauch machen mußte.

Die Arbeit der Kommunisten, die Arbeit in den Betrieben stillzulegen, war vollkommen gescheitert.

In sämtlichen Fabriken Berlins wurde ebenso gearbeitet, wie an jedem anderen Werktag. Mit Rücksicht auf die Vorbereitungen, die die Polizei getroffen hatte, um ein Eindringen von Ruhestörern in die Werke zu verhindern, war es an keiner Stelle auch nur zu Versuchen von Arbeitsunterbrechungen gekommen.

Gegen 3 Uhr begann die Lage im Neutöllner Unruhezentrum recht bedrohlich zu werden. Die Kommunisten verfolgten die Sankt, sich nicht in den Hauptstraßen sehen zu lassen, sondern hatten alle ihre Kräfte in die engen Nebenstraßen der Hermannstraße geschickt. In der Gegend der Hermannstraße versuchten etwa 8000 Kommunisten das Eingreifen der Polizei herauszufordern. Die Polizei begann in Reihen die Demonstranten auseinanderzutreiben. — Am Wedding verjagten junge Warden, die zu Hunderten in den Straßen herumkamen, immer wieder gegen die Polizei zu gehen.

München. Die Münchener Kommunisten versuchten, gegen das Demonstrationverbot einige Krawalle zu organisieren. In verschiedenen kommunistischen Lokalen wurden Razzien abgehalten, bei denen insgesamt 56 Kommunisten verhaftet wurden. Polizeistreifen bewachten die kommunistischen Viertel Münchens und erlitten jeden kommunistischen Demonstrationsversuch sofort im Keime.

Breslau. Die Breslauer Kommunisten veranstalteten am Donnerstag mittag einen Demonstrationsszug und versuchten, mit Gewalt, auf den Ring zu gelangen. Sie wurden von einer Polizeikette abgedrängt. Die Rädelführer wurden verhaftet.

Lübeck. Für das Staatsgebiet von Lübeck wurde am Donnerstag das Demonstrationverbot wieder aufgehoben, nachdem sich die kommunistischen Führer dem Polizeiherrn gegenüber schriftlich verpflichtet hatten, alle Anordnungen der Polizei zu befolgen. Die Führerlosien sandten eine Deputation an den Bürgermeister und den Vorsitzenden des Wohlfahrtsamtes mit der Forderung, die Führerbestimmungen sofort abzuändern und die Unterführungen nach Tariflohn festzusetzen.

Jhese. Trotz des Umzugsverbotes bildete sich in der Nähe der Reichswehrkaserne ein Zug Kommunisten in Stärke von etwa 100 Mann. In der Sandstraße stellte sich ihm Polizei entgegen. Der Aufforderung zum Auseinandergehen tamen die Kommunisten nicht nach. Die Polizei drängte den Zug in eine Seitengasse ab, von wo aus die Beamten mit Steinen beworfen wurden. Ein Polizist wurde durch einen Steinwurf am Arm getroffen und ließ seine Pistole fallen. Infolge löste sich ein Schuß, durch den ein Kommunist verletzt worden sein soll. Als die Polizei einige Schreckschüsse abfeuerte, flüchteten die Zugteilnehmer.

Wien. Die Kommunisten versuchten in Wien in verschiedenen Betrieben, insbesondere in den Elektrizitätswerken der Gemeinde Wien, im Prater und in verschiedenen Betrieben in anderen Bezirken, die Arbeiterkraft zur Einstellung der Arbeit zu veranlassen, jedoch ohne Erfolg. Es wurden zahlreiche Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen. Vor der Universitäts bewarfen die Kommunisten Studenten mit Steinen. Die nach Wien führenden Landstraßen waren von starken Gendarmereiaufgeboten überwacht. Die größte Geschäftsstraße Wiens, die Mariaböckerstraße, war für die Demonstrationsszüge abgesperrt.

New York. Im Union Square Park, wo die Kommunisten am Donnerstag eine Kundendemonstration abhalten wollten, waren zwei Hundertmannschaften Polizei stationiert worden, während gleichzeitig eine Abteilung berittener Polizei zur Verfügung stand. Die Straßen New Yorks wurden von Polizei auf Motorrädern mit Maschinengewehren ständig bewacht, da mit Ausnahme des Union Square Parks nirgendwo kommunistische Ansammlungen gebildet wurden.

Gespannte Finanzlage der Reichspost.

Berlin. In der Sitzung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost am Donnerstag gab Reichspostminister Dr. Schökel einen Überblick über den Beschäftigungsgrad und die finanzielle Lage der Deutschen Reichspost. Er führte dabei unter anderem folgendes aus: Abgesehen von einem weiteren Rückgang im Paket- und Telegrammverkehr und einer kleinen Abschwächung in der Briefauflieferung, ist in den ersten neun Monaten des laufenden Rechnungsjahres in fast allen Betriebszweigen der Reichspost eine

Verkehrssteigerung eingetreten. Doch bleibt diese Verkehrssteigerung in ihrem Ausmaß hinter der vorjährigen zurück, so daß das gesamte Ergebnis dem veranschlagten Einjahresoll nicht ganz entspricht. Die Finanzlage der Deutschen Reichspost ist zur Zeit gespannt. Die Voranschläge mußten dem naturgemäß angepaßt werden. Trotzdem dürfte die Postverwaltung, die sehr wohl weiß, daß der Arbeitslosigkeit auf die Dauer nur begegnet werden kann, wenn die Wirtschaft hinreichend Aufträge bekommt, bisher davon absehen, ihre Aufträge an die Wirtschaft in wesentlichem Umfang einzuschränken. Auch in der nächsten Zeit wird die Post es ermöglichen können, ihre Auftragshöhe ungefähr gleich bleibend zu erhalten und damit zu ihrem Teil dazu beitragen, daß der Arbeitslosigkeit Abbruch getan wird. Der Voranschlag 1930-31 sieht für Sachausgaben, also für Aufträge an die Wirtschaft, im ganzen 400 Millionen Mark vor.

Die Reichsbahn stellt wieder Personal ein.

Über 1200 „Dienstfänger“ finden Unterkommen. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft stellt jetzt wieder neues Personal in größerer Zahl ein. Die einzelnen Reichsbahndirektionen sind von der Hauptverwaltung ermächtigt worden, über 1200 Dienstfänger des technischen und nicht-technischen Dienstes einzuberufen.

Unter den neuen Kräften, die zur Sicherstellung des Nachwuchses an Beamtenkräften und zur Verjüngung des Beamtenkörpers neu eingestellt werden sollen, befinden sich 600 Reichsbahnaspiranten (Zivilingenieurwesen und Besorgungswärter für den gehobenen, mittleren Bahnhofs-, Arbeits-, und Verwaltungsdienst), 400 Stationsaspiranten (Besorgungswärter für den nichttechnischen Dienst und Sekretariatsdienst), 140 maschinentechnische Praktikanten für den gehobenen, mittleren, technischen Außendienst und den technischen Verwaltungsdienst, und 130 technische Aspiranten für die Erledigung einfacherer Dienstgeschäfte. Ferner ist noch die Einstellung von Dienstfängern bautechnischer Sachrichtung für den Bahntechnikdienst sowie für den nichttechnischen Assistenten- und Sekretariatsdienst in diesem Jahre beabsichtigt. Gesuche von Zivilbewerbern um Einstellung als Dienstfänger für die technischen Kaufmann und als Zivilingenieur sind an die einzelnen Reichsbahndirektionen zu richten.

Immer neue Hiobsbotschaften aus Südfrankreich.

Paris. Immer neue Hiobsbotschaften kommen aus den südfrenkzösischen Ueberflutungsgebieten, und noch ist keine Wendung zum Besseren abzusehen. Aus Toulouse wird gemeldet, daß durch Bersten des Damms von Moissa neue Gebiete überflutet worden sind. Häuser stürzten ein, und nur ein Teil der Bewohner konnte gerettet werden. Es spielten sich herzzerreißende Szenen zwischen Eltern und Kindern ab. Zahlreiche Dorfbewohner flüchteten auf die Dächer und suchten um Hilfe. Bei den Rettungsarbeiten im Ueberflutungsgebiet von Montauban sind zehn Soldaten vor den Augen ihrer Kameraden ertrunken. Seit 1875 ist Südrfrankreich von einer so schweren Ueberflutungskatastrophe nicht betroffen worden.

Eine zweite Brücke nach Ubedom? Der preussische Handelsminister hat für den Bau einer zweiten Brücke nach der Stadt Ubedom bei Wolgast (Pommern) 400 000 Mark bewilligt, wenn der Kreis Greifswald die übrigen Mittel zur Verfügung stellt.